

Pulsnitzer Wochenblatt

Freitag, Nr. 18. Tel.-Adr. Wochenblatt Pulsnitz Bezirksanzeiger

und Zeitung Postcheck-Konto Dresden 2188. Gem.-Giro-K. 149

Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M 10.50 bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 9.—, monatlich M 3.50, durch die Post M 10.50 —



Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gepaltene Beitzelle (Rost'sche Zellenmesser 14) 130 Pfa., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 100 Pfa., Antilige Zeile M 3.90, und M 3.00 — Reklame M 2.50. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitraube der und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigen gebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der voll. Rechnungsbetrag unter Beifall von Kreisnachlass in Anrechnung. —

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie des Gemeinderats Großnaundorf.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großhörnberg, Breinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Lichtenberg, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bischofsplatz Nr. 365.

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Jah. J. W. Mohr).

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 129.

Donnerstag, den 27. Oktober 1921.

73. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Nährmittelabgabe.

Von Sonnabend, den 29. Oktober 1921 ab werden durch die Kleinändler des Bezirkes auf Abchnitt 2 der neuen Mehlbezugskarten je einundeinhalbes Pfund amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 5,70 Mark (1 Pfund kostet 8,80 M) ausgegeben. Läden sind mitzubringen. Amtshauptmannschaft Kamenz, am 24. Oktober 1921.

Auf Blatt 7 des hiesigen Genossenschaftsregisters, die Einkaufsgenossenschaft der Bäcker- und Pflasterkühler-Innung zu Pulsnitz und Umgebung, e. G. m. b. H., in Pulsnitz betreffend, ist heute eingetragen worden:

Der Bäckermeister Karl Friedrich Böschner ist als Vorstandsmitglied ausgeschieden.

Der Bäckermeister Paul Otto Wendt in Pulsnitz ist Vorstandsmitglied.

Amtsgericht Pulsnitz, den 24. Oktober 1921.

Das Wichtigste.

Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichskanzler Dr. Wirth mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

Auf Anordnung des Reichspräsidenten wurden die vier Flaggen des Reichstagsgebäudes gestern im Hinblick auf die Entscheidung über Oberschlesien halbtags gelost.

Die sogenannte „große“ Koalition muß infolge der Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zur ober-schlesischen Frage als gescheitert gelten. Da die Demokraten erklärt haben, sich auch an der bisherigen kleinen Koalition nicht mehr beteiligen zu wollen, können für die Kabinettsbildung nur Zentrum und Sozialdemokraten in Betracht.

Die Haushaltspläne von Preußen und Bayern schließen mit Hundertmillionen-Defizit ab.

Der Schweizer Bundesrat hat beschlossen, die ganze Familie Habsburg und ihre Gefolge auszuweisen; vorläufig ist der Exilort in einem ungarischen Kloster interniert worden.

Bei der Regierung haben bereits 2000 Lehrer aus dem abgetretenen ober-schlesischen Gebiet ihre Verlegung in deutsches Gebiet beantragt. Als Grund wird durchweg die Furcht vor polnischen Gewalttätigkeiten angegeben.

Die Zahl der Toten in Oppau ist nach den letzten Angaben der Leitung der Babischen Anstalt und Sobafabriken in Ludwigshafen auf 504 gestiegen, doch ist zu erwarten, daß immer noch eine Anzahl von Schwerverwundeten hinzukommt.

Die Wählerlisten und Wahlarten brauchen in Sachsen künftig nur in einem Exemplar hergestellt zu werden.

Karl von Habsburg befindet sich auf dem Schlosse Teutis unter Bewachung.

Außenminister Dr. Benesch in Prag teilte mit, daß Italien, Frankreich und England in der Beurteilung des Karlistenputsches einig seien. Nach den Angaben des karlistischen Reichsamts beträgt die Bevölkerung des gesamten ober-schlesischen Abstimmungsgebietes rund 1.995.000 Einwohner. Davon werden 965.000 Einwohner polnisch, das sind rund 49 Prozent.

Nach dem Ergebnis der Berliner Stadtverordnetenwahlen erhalten die bürgerlichen Parteien 115, die sozialistischen 110 Sitze.

Mangelnde Entschlußfähigkeit.

Es ist ein überaus unerquickliches Bild, das die politische Leber obendrein maßgebenden Kreise in Berlin gegenwärtig dem merklich verunsicherten Volke darbietet. Man kann und kann sich unter den ratlosen Argunern nicht zu jeder Entscheidung aufpassen, die klipp und klar dementsprechend wäre, was heute die deutsche Volkseele empfindet. An die Stelle dessen, was der aufrechte Sinn, das ehrliche Gefühl und die unbefangene Gerechtigkeitsliebe jedem deutschen Mann als wünschenswert erscheinen lassen, treten unersiehens kümmerlich zaghafte Erwägungen rein parteipolitischer Natur, die in weiten Kreisen unseres Volkes garnicht verstanden werden. Müßten wir uns nicht in einmütiger Gesinnung mit allem Nachdruck gegen die schandbare Entscheidung des Völkervertrages in Beruf aufleben? Statt dessen scheint man sich wieder einmal mit jenen papiernen Protesten aus der Not helfen zu wollen, die den Machthabern der Entente bisher immer nur, und zwar leider mit Recht, ein grausam verkehrendes Lächeln grenzloser Verachtung abgedrückt haben. Ueber den formalen, anglick stillierten Einspruch gegen die allem Recht ins Gesicht schlagende Vergewaltigung Oberschlesiens werden sich die diplomatischen Intriganten an der Seine und Theresie ebenso gleichmütig hinwegsetzen, wie über ungezählte andere Proteste auch, mit denen wir uns in diesen unlagbar schweren Zeiten schon blamiert haben. Was sollen uns derartige lendelose Proteste nützen in einem Falle, wo es sich nicht um materielle Einbuße, sondern um den durch nichts gerechtfertigten Verlust von Land und Leuten handelt.

Der Reichskanzler Dr. Wirth hat sich also nach erneuter Rücksprache mit dem Reichspräsidenten Ebert bereit erklärt, die ihm vorgeschlagene Bildung der Regierung zu übernehmen. Da hätten wir wieder einmal eine Auswirkung jenes traurigen parlamentarischen Schachergeschäfts vor uns, das uns schon in manchen schicksalsschweren politischen Entscheidungsmomenten geradezu physischen Ekel erregt hat. Erst die großartige Geste der grundsätzlichen Ablehnung, und dann ein schändliches Wiederaufsuchen fast derselben Männer in einer angeblich „neuen“ Regierung, die nun selbstverständlich trotz ihres theatralisch mannhaften Protestes wie immer willenlos nach der Pfeife der Entente tanzen werden. Ja und Amen wird

man sämtlich auch zu dem unmöglichsten sagen, das uns Sieger- und Vernichtungswille in kretzelhaftem Uebermut zumutet, und die Rechtsverwahrung, die der Reichstag trotz alledem wahrheitsgemäß mit feierlicher Pose annehmen wird, kann doch nichts an der trostlosen Tatsache ändern, daß wir uns wieder einmal, wie schon so oft, dem durch infame Drohungen unterstrichenen Machtanspruch der Feindbundmächte beugen.

Und welches willkommene Schauspiel im übrigen für unsere Gegner im allgemeinen und für Frankreich im besonderen! Immer wieder hat die Pariser Presse betont, daß der Widerstand gegen die Genfer Entscheidung lediglich eine klinkerische Mache darstelle, daß das allgemeine Volksempfinden in Deutschland damit garnichts zu tun habe, und daß Herr Dr. Wirth allem Gescheh zum Trost auch diesmal wieder die Sache „schmelzen“ würde. Und nun sollte es tatsächlich so kommen? Mit durchaus berechtigter Ironie schreibt die „Tägliche Rundschau“, der wir ansonsten keineswegs in allen Dingen zu folgen vermögen: „Kein Zweifel, Herr Wirth wird mit der bekannten „Loyalität“, über die er stets verfügt, wenn's nicht gerade frisch föhlich gegen die deutschen „Nationalisten“ geht, wieder das Rennen machen und die ober-schlesische Angelegenheit zu Null und Frommen der europäischen Nachbarn liquidieren.“ Jedenfalls konnte der widerliche politische Wirrwarr dieser letzten Tage nur dadurch entstehen, daß die Parteien einander widersprechende Beschlüsse faßten, weil gewisse Parteiführer bei uns immer zuerst an die Partei und an die Wähler und erst dann an das Volksganze denken.

Deutsche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Stenographenverein Gabelsberger) Heute Abend 8 Uhr beginnt der Anfängerunterricht im Bürgergarten. Wir fordern zu reger Beteiligung auf. Die Stenographie ist ein herrliches Werk. Bei Befragung von Stellen erhält der Stenographielernende stets den Vorzug. Alles was man notieren will, kann mit Hilfe der Stenographie viel leichter und in kürzerer Zeit zu Papier gebracht werden, als mit der gewöhnlichen Schrift. Die Kenntnis der Stenographie gehört heute zur Allgemeinbildung. Nächsten Sonntag findet in Rammensau die Herbstversammlung des Westlausitzer Verbandes Gabelsberger statt. Mitglieder, es gilt, im Preis-schreiben zu liegen. Den Festvortrag hält unser Unterrichtsleiter, Herr Söhnel. Wir erwarten starke Beteiligung. Abmarsch vormittags 8 Uhr vom Brauereiteich. Auf der diesjährigen Landesverbandversammlung in Pirna wurden mit Preisen ausgezeichnet: Abteilung 140 Silben Herr Franke, Abteilung 180 Silben Herr Söhnel.

(Verein für Volksbildung.) Heute Donnerstag, 8 Uhr, Zimmer 17, Schule: Dr. phil. Moskranz: Das Wesen des Materialismus.

(Wetterbericht) Das tiefe Minimum, welches infolge großer Druckunterschiede stürmische Winde, in Berlin, sonst Niederschläge, zum Teil nicht sehr bedeutende, die im Gebirge als Schnee fielen, gebracht hat, verschwindet ostwärts und ihm folgend ist vom Westen ein „Hoch“ vorgeedrungen, das Aufbesserung und leichte Fröste veranlaßt hat. Da im Süden sich ein anderes Minimum befindet, das demnächst Einfluß erlangen wird, so haben wir demnächst erneut Trübung mit Niederschlägen bei sehr kühler Temperatur zu erwarten.

(Berichtigung.) Der in dem Bericht über die Wohlthätigkeits-Aufführung der K. e. K. erwähnte Ort, aus dem noch ein Kriegsgefangener in Wagnon sich befindet, ist nicht Friedersdorf sondern „Ehrenfriedersdorf“ in Sachsen.

(Kleinrentnerbeihilfe.) Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt dem Teuloniussachsendienst mit: Bei Prüfung der Anträge auf Bewilligung der Kleinrentnerbeihilfe sind verschiedentlich Antragsteller deswegen abgewiesen worden, weil sich unter ihrem Einkommen Altersrenten befanden die durch Kapitaleinzahlungen, besonders bei der Sächsischen Altersrentenbank und der Sächsischen Rentenversicherungsanstalt gewonnen waren. Das Ministerium des Innern hat daher bestimmt, daß diese Antragsteller, sofern ihre persönlichen Verhältnisse seiner Verordnung vom 26. August d. J. entsprechen, keineswegs von der Beihilfe ausgeschlossen sein sollen. Eine solche Rente muß zwar dem laufenden Einkommen hinzugerechnet werden. Bleibt dieses aber mit Einschluß der Rente in der vorgeschriebenen Höchstgrenze, so ist eine Berücksichtigung bei der Beihilfe möglich. Antragsteller, die aus dem erwähnten Grunde zurückschickungswürdig sind, aber hiernach noch berücksichtigt werden wollen, können ihren Antrag noch bis zum 29. Oktober bei den Gemeindebehörden einbringen.

(30 Begnadigungen täglich.) Die sozialdemokratische sächsische Presse berichtet, daß in den beiden ersten Monaten, in denen der neue Justizminister Dr. Zeigner seines Amtes waltet, zusammen 1500 Personen begnadigt wurden, also 750 monatlich oder 30 an jedem Wochentage. Jährlich gehen 40.000 Gnadengesuche im sächsischen Justizministerium ein. Fast jedem vierten Gesuch wird entsprochen.

(Keine Grenzperre der Tschecho-Slowakei.) In der breiten Öffentlichkeit Sachsens wie auch in der sächsischen Presse sind Gerüchte verbreitet, die von einer Sperre der Grenze durch die Tschecho-Slowakei wissen wollen. Demgegenüber wird gemeldet, daß der Grenzverkehr wie bisher in vollem Umfange aufrecht erhalten wird. Der Telegrammverkehr von Sachsen nach Böhmen wurde schon am Montag wieder freigegeben, nur der Telefonverkehr war am Dienstag mit Ausnahme von Staatsgesprächen noch gesperrt. Der Grenzübertritt unterliegt keiner Einschränkung.

(Gegen den Kartoffelkrieg.) Der sächsische Landbund, dem über 60.000 sächsische Landwirte angehören, erläßt erneut folgenden Aufruf an die sächsischen Landwirte: „Beliefert die eingeleiteten Verbraucher eurer Bezirke mit euren abgedarrten Speisekartoffeln sobald als möglich zu den Preisen der amtlichen Notierungskommission! Bietet zum Zweck der Versorgung der großen sächsischen Städte möglichst bald zu gleichen Preisen an eure Landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften! Laßt euch jeden Verkauf mit Namen des Empfängers, Menge und Preis schriftlich bestätigen! Wir müssen und wir wollen einen Kartoffelkrieg nach Kräften vermeiden!“

(Dhorm. Quäkerpeisung.) Die Quäkerpeisungen haben nunmehr begonnen. Um die besonders speisebedürftigen Kinder mit Sicherheit aus der Gesamtzahl der Schulkinder auswählen zu können, wurde Sonnabend und Montag eine Musterung aller Schulkinder nach ärztlichen Gesichtspunkten vorgenommen und dabei 43 Knaben und 37 Mädchen als dringend einer Zusahnahrung bedürftig ausgewählt. Die Speisung findet Montag, Dienstag,